

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 282

9. April 2003

9. Jahrgang

Die europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Guatemala

In den 80er-Jahren begann die europäische Union mit der politischen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Zentralamerika. Ausschlaggebend für diese Kooperation war das europäische Interesse, die verschiedenen Friedensverhandlungen und –prozesse sowie die Integration Zentralamerikas in den Weltmarkt zu begleiten. Weiter wollte man helfen, die Bevölkerung der Region besser vor Naturkatastrophen zu schützen. Im Falle Guatemalas hat die Zusammenarbeit vor etwa 15 Jahren begonnen.

Die Gewährung (oder nicht) internationaler Entwicklungsgelder ist aber gleichzeitig auch ein politisches Druckmittel (Beispiel Strukturanpassungsprogramme). Auch die europäische Gemeinschaft drohte kürzlich der Regierung Portillo mit einer Kürzung der Entwicklungsgelder, falls nicht endlich die in den Friedensabkommen festgelegten strukturellen Reformen durchgeführt würden.

Der folgende Artikel über die europäische Kooperation beruht auf einem Referat, das der EU-Abgeordnete Philippe Combescot am 14. Februar 2003 in Quetzaltenango anlässlich der Durchführung des *Mesodiálogo Occidente* hielt.

Historischer Rückblick

In der zweiten Hälfte der 80er-Jahre unterstützte die europäische Union die Dialoge in Zentralamerika und begleitete in den einzelnen Ländern die Verhandlungen, die zu den Friedensunterzeichnungen führten. Damals gab es noch keine Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene, sondern ausschließlich mit der Zivilgesellschaft und sie konzentrierte sich auf die von der Gewalt am stärksten betroffene Bevölkerung.

Anfang der 90er-Jahre begann die guatemaltekische Regierung, unterstützt von der internationalen Gemeinschaft, eine organisierte Begleitung der entwurzelten und geflohenen Bevölkerung. In Mexiko wurden die staatlichen Flüchtlingsorganisationen CEAR und CTEAR sowie in Guatemala der Friedensfonds FONAPAZ und das Friedenssekretariat SEPAZ geschaffen. Diesen politischen Kontext nutzte die europäische Gemeinschaft, um – ohne jedoch die Beziehung zur Zivilgesellschaft aufzugeben – auch Projekte auf Regierungsebene zu entwickeln. Aufgrund der institutionellen Schwäche des Staates begann man eine neue Generation von ländlichen Entwicklungsprojekten zu lancieren, die in Zentralamerika als ALA-DRI-Projekte bekannt wurden. Diese Projekte wurden z.T. von der Zivilgesellschaft kritisiert, doch muss man dabei den politischen Kontext dieser Zeit im Auge behalten: Es ging darum, in möglichst kurzer Zeit und unabhängig von der jeweiligen Regierung ziemlich viel Geld in die Bereiche Gesundheit, Erziehung und Infrastruktur zu investieren. Weiter entwickelte man einkommensfördernde Projekte für die ärmsten BäuerInnen. Die Schwäche dieser Projekte liegt sicher darin, dass sie Anfang der 90er-Jahre konzipiert wurden und bis noch vor kurzem in der ursprünglichen Art durchgeführt wurden, obwohl sich in den letzten 10 Jahren der politische und institutionelle Kontext sowohl auf staatlicher wie auf zivilgesellschaftlicher Ebene stark verändert hat. Dies zeigt, wie wichtig es ist, die Kooperation den jeweiligen politischen und institutionellen Szenarien anzupassen.

Als Mitte der 90er-Jahre die ersten Teilabkommen unterzeichnet wurden und sich ein baldiger Friedensschluss ab-

zeichnete, begann man in Guatemala mit Projekten, welche die Reformen vorantreiben sollten, die für die Umsetzung der Abkommen notwendig waren. So begleitete z.B. die europäische Gemeinschaft die Bildungs- und Gesundheitsreform sowie den Aufbau einer zivilen Nationalpolizei, ein Projekt, das Ende 2002 abgeschlossen wurde.

Zentralamerika ist die Region der Welt, die von der europäischen Union am meisten finanzielle Unterstützung pro EinwohnerIn bekommen hat. Wichtig ist auch zu erwähnen, dass es in Guatemala bis 1997 keine EU-Vertretung vor Ort gab. Damit wollte man den Regierungen ein klares Signal geben: Solange in eurem Land kein Friede ist, werden wir auf diplomatischer Ebene nicht direkt mit euch verhandeln. Die Anwesenheit europäischer VertreterInnen beschränkte sich also auf die technische Assistenz zur Durchführung der Projekte. Das Fehlen einer diplomatischen Vertretung der europäischen Gemeinschaft hatte jedoch den Nachteil, dass die Projekte zu wenig begleitet und evaluiert werden konnten. Nach der Unterzeichnung des festen und dauerhaften Friedens 1996 eröffnete die europäische Gemeinschaft ihr erstes Büro in Guatemala.

In den ersten Jahren der Nachkriegszeit begegnete die internationale Gemeinschaft der Regierung noch mit einigem Goodwill. 1999, im letzten Regierungsjahr der damaligen Regierung (PAN), begann die internationale Gemeinschaft, allen voran MINUGUA, die Umsetzung der Friedenabkommen mit kritischerem Blick zu analysieren. Tatsache ist, dass auf der strukturellen Ebene, wie es die Abkommen vorsehen, sehr wenige Fortschritte zu verzeichnen sind. Auch die sozialen und politischen Akteure in Guatemala kamen bei ihren Analysen zum selben Schluss. Entsprechend konzentrierte sich die Wahlkampagne 1999 stark auf strukturelle Reformen. Die FRG versprach eine Steuerreform, eine Agrarreform, eine makroökonomische Reform, eine Reform der Sicherheitskräfte, die Demilitarisierung der staatlichen Institutionen, etc. Es wäre spannend, die damaligen politischen Versprechen der verschiedenen Parteien noch einmal zu analysieren...

Die aktuelle Situation

In der aktuellen Phase, die im Jahr 2000 begonnen hat, prägen folgende Ereignisse die Kooperation der europäischen Gemeinschaft mit Guatemala:

–Die Einsetzung der neuen Regierung unter Präsident Portillo.

–Die Verlängerung des Kooperationsabkommens zwischen der europäischen Gemeinschaft und der Regierung von Guatemala (der Vertrag lief 2000 aus).

–Die Erarbeitung einer neuen Länderstrategie für Guatemala unter Berücksichtigung der Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre.

–Der Beginn eines partizipativen und intersektoriellen Prozesses mit dem Namen *Mesodialogo*, um die zukünftige Kooperation mit der Regierung auszuarbeiten.

Grundlage für das Kooperationsprogramm 2001 – 2006 (unter www.ueguate.org einzusehen) ist die Implementierung der Friedensabkommen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen aber auch die europäischen Akteure den Inhalt und den Sinn der Abkommen verstehen. In Guatemala wurden mehr als zehn Teilabkommen unterzeichnet, und im Gegensatz zu Friedensabkommen in anderen Ländern, wo es einzig darum ging, den bewaffneten Konflikt zu beenden, hatte man in Guatemala die Ambition, auch die Ursachen und Gründe, die zum Krieg führten, anzugehen. Die strukturellen Änderungen, die dies bedingt, sind zahlreich und komplex: die Landfrage, eine partizipative Demokratie, die Demilitarisierung der Gesellschaft, die Dezentralisierung des Staates, der Kampf gegen Ausschluss und Rassismus, etc...

Die europäische Gemeinschaft hat sich mit ihrer Kooperation diesen Zielen verpflichtet und sieht in den Friedensabkommen den Grundstein für diese Veränderungen. Die Tendenz der letzten Jahre seitens einiger nationaler Sektoren, aber auch seitens einzelner "Entwicklungshelfer" war es, politische und entwicklungspolitische Strategien zur Bekämpfung der Armut zu entwickeln. Selbstverständlich tragen wir alle irgendwie dazu bei, die Armut zu reduzieren, doch ist in Guatemala die Situation etwas komplexer und nicht mit einer simplen "ökonomischen Modernisierung", der "Suche nach Handelsnischen" oder der "Sicherstellung eines funktionierenden *service publique*" zu lösen. In Guatemala geht es darum, und das haben die GuatemaltekinInnen während zehn Jahren zäher Verhandlungen bewiesen, die Gesellschaft auf allen Ebenen und umfassend zu transformieren. Diesbezüglich sind die Friedensabkommen prä-

zise, detailliert und überzeugend.

Wir müssen deshalb auch unsere Kooperation auf diese komplexe Ambition ausrichten. Um Programme und Projekte zu erarbeiten, die dieser Vision gerecht werden, hat die europäische Gemeinschaft den *Mesodialogo* einberufen.

Ebenso wichtig ist es, die gemachten Erfahrungen (*lessons learnt*) in die Entwicklung neuer Projekte einzubeziehen.

Analyse des politischen Szenarios durch die europäische Gemeinschaft

– Das soziale Gefüge auf Gemeindeebene ist immer noch in der Rekonstruktionsphase, nachdem es durch den bewaffneten Konflikt vollkommen zerstört wurde. 15 Jahre nach den ersten Schritten in Richtung einer Demokratisierung und 5 Jahre nach Abschluss der Friedensabkommen ist die Gesellschaft geprägt von einem starken Misstrauen gegenüber den Institutionen des Staates. Sich sozial zu engagieren wird von vielen Menschen als ein Risiko angesehen, da die repressiven Strukturen vor allem in ländlichen Gebieten noch intakt sind und eine soziale Kontrolle herrscht. In diesem Kontext ist der Versöhnungsprozess auf lokaler Ebene sehr fragil, um nicht zu sagen inexistent.

– Der soziale, politische und wirtschaftliche Ausschluss der indigenen Bevölkerung ist lokal wie national alarmierend. Dies ist in diversen Berichten (u.a. von MINUGUA) belegt und festgehalten. Auf lokaler Ebene manifestiert sich das in einem alltäglichen Rassismus, aber auch in einer institutionellen Diskriminierung, z.B. im erschwerten Zugang zu Bildung und Gesundheit, zum Justizwesen und zu politischer Partizipation der Indígenas.

– Obwohl die Regierung das Frauensekretariat eingesetzt hat, ist der politische und wirtschaftliche Ausschluss der Frauen beunruhigend. Das Frauensekretariat versucht, auf die öffentliche Politik der Regierung Einfluss zu nehmen und die Beteiligung der Frauen im politischen und privaten Umfeld zu stärken. Vor allem auf dem Land verläuft dieser Prozess aber langsam und zäh.

– Die Gemeinderegierungen leiden unter strukturellen Einschränkungen, die eine Modernisierung erschweren und ein Wiederbeleben demokratischer Strukturen verunmöglichen. Das politische System richtet sich nach dem Wahlrhythmus, was einen Aufbau lokaler politischer Kräfte verhindert. Die finanzielle Abhängigkeit von den zentralen Strukturen beschränken die Gemeindeautonomie. Dieses Problem ist auch mit dem neuen Dezentralisierungsgesetz

nicht zur Zufriedenheit gelöst. Das Auswechseln der gesamten Gemeinderegierung (inkl. technischem Personal) alle vier Jahre, machen die Planung einer längerfristigen Entwicklungszusammenarbeit fast unmöglich.

– Das Fehlen wirtschaftlicher Strategien auf regionaler und Gemeindeebene machen die Initiative der Regierung und der internationalen Kooperation, die Armut zu bekämpfen, zunichte. Die Entwicklungsräte beschränken ihre Aufgabe auf den punktuellen Bau von Infrastruktur (Strassen, Schulen, Mehrzweckhallen) und verfolgen damit keine längerfristige Strategie.

– Auch die guatemalteckische Gesellschaft ist, ebenso wie ihre Regierung, im höchsten Mass zentralistisch organisiert. Dies verhindert den Austausch und die Koordination innerhalb der sozialen Bewegungen und schwächt sie auch gegenüber der Regierung.

"Lessons learnt": Die EU-Kooperation der Zukunft

Unser Kooperationsprogramm 2001 – 2006 konzentriert sich auf vier untereinander und mit der Umsetzung der Friedensabkommen zusammenhängender Themen: Kampf gegen die Armut, Modernisierung des Rechtsstaates, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Förderung der Demokratie und der Menschenrechte. Wir haben uns entschieden, die Entwicklungszusammenarbeit territorial auf fünfzig der insgesamt 332 Gemeinden zu konzentrieren. Wir wollen in unsere Projekte die lokalen Prozesse mit einbeziehen und sowohl die Bevölkerung mit den Institutionen des Staates in einen Dialog bringen wie auch die lokale politische Praxis mit der nationalen.

Folgende Programme werden wir in den nächsten Jahren prioritär behandeln:

"Stärkung der Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene" (12 Mio. Euro), "Unterstützung des Dezentralisierungsprozesses" (20 Mio. Euro), "Unterstützung der ruralen KMU's" (8 Mio. Euro), "Gleichstellung von Mann und Frau in der öffentlichen Politik" (6 Mio. Euro), "Ländliche Entwicklung, Nahrungssicherheit und Landverteilung" (20 Mio. Euro), "Unterstützung der Justizreform" (10 Mio. Euro), "Unterstützung der Steuerreform" (8 Mio. Euro).

Von der guatemalteckischen Regierung wird eine Eigenleistung von 20% der jeweiligen Projektsomme erwartet. Einzelne Projekte werden ergänzt durch Spezialprogramme wie: Aids und Bevölkerung, Umwelt und Post-Mitch-Wiederaufbau, Erziehung, Gesundheit und Wasser. Das Indígena-„Problem“ wird in allen Projekten transversal behandelt.

CICIACS, ein Hoffnungsschimmer für die Justiz

Guatemala, 3. April. Am 13. März unterzeichneten Edgar Gutiérrez für die guatemaltekeische Regierung und Sergio Morales für das Menschenrechtsprokurat (PDH) das Dokument, das die Einsetzung einer *Internationalen Kommission zur Aufdeckung paralleler Machtstrukturen und illegaler Körperschaften* CICIACS besiegelt. Am 13. September soll die Kommission ihre Arbeit aufnehmen. Gemäss dem Dokument sollen speziell das Innen- und das Verteidigungsministerium, der Oberste Generalstab des Präsidenten (EMP), die Staatsanwaltschaft sowie andere, der Verwicklung in parallele Strukturen und der Menschenrechtsverletzungen verdächtige Regierungsstellen untersucht werden. Auf Vorschlag der Regierung sollen auch die privaten Sicherheitsunternehmen angeschaut werden. Nach einem Jahr soll die Kommission einen Bericht einreichen, für die juristische Weiterverfolgung der Fälle ist dann die Staatsanwaltschaft zuständig.

Die CICIACS soll ein Jahr lang arbeiten, ihr Mandat ist verlängerbar. Ihre legale Basis bilden ein Gesetzesdekret des Kongresses und ein Vertrag zwischen der Regierung, den Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ähnlich demjenigen, der das Mandat von MINUGUA festhält. Zusammengesetzt wird die Kommission durch je einen VertreterIn der guatemaltekeischen Regierung, der UNO und der OAS (siehe ¡Fijáte! 277 und 279). Untersucht werden sollen Fälle von Drohungen und Übergriffen, die nach der Unterzeichnung dem

Friedensabkommen über die Menschenrechte vom 29. März 1994 begangen wurden. Bisher liegen bereits 77 Anzeigen vor, welche die CICIACS zu bearbeiten hat.

Grundsätzlich sind sich die VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen und der internationalen Gemeinschaft einig, dass die Einsetzung dieser Kommission ein Fortschritt für den Demokratisierungsprozess in Guatemala bedeutet. Am 28. März jedoch erhielt der Menschenrechtsprokurator Sergio Morales eine Kopie des Entwurfs des Gesetzestextes, der vom Kongress verabschiedet werde soll. Dieser Vorschlag entspricht in keiner Weise dem am 13. März unterzeichneten Dokument, ersetzt dieses in gewissen Punkten sogar. So soll z.B. die CICIACS dem Friedenssekretariat SEPAZ unter-

stellt sein, einer staatlichen Institution. MenschenrechtsvertreterInnen zweifeln daran, dass so die Autonomie der Kommission garantiert sei. Man glaube nicht, dass der UNO-Generalsekretär unter diesen Voraussetzungen einen VertreterIn in die Kommission delegiere. Ein weiterer Punkt ist, dass die Rollen der Staatsanwaltschaft, des PDH und von MINUGUA im Gesetzesentwurf gänzlich anders definiert sind als im Abkommen vom 13. März. Dass MINUGUA überhaupt eine Rolle spielen soll, ist den MenschenrechtsaktivistInnen unerklärlich: Wie soll erstens eine UNO-Instanz die Arbeit einer anderen überwachen? Und zweitens wird MINUGUA Ende des Jahres eh aufgelöst und kann keine Funktion im Rahmen der CICIACS mehr wahrnehmen.

Amnestie für LehrerInnen

Guatemala, 4. April. Anstatt dass die Regierung entsprechend der endlich erreichten Einigung mit dem Lehrkörper ihrerseits handelt, brauchte es doch noch einer feierlich verkündeten "Arbeits-Amnestie" für die 80'000 LehrerInnen, die 50 Tage lang für Verbesserungen im Bildungssektor gestreikt hatten (siehe ¡fijáte 277ff.) Entgegen der Vereinbarungen wurde den DozentInnen bislang das Februar-Gehalt verweigert, und vom Gehaltscheck für März waren zudem die 12 Streiktage in jenem Monat abgezogen. Daneben erhielten trotz angekündigter Suspendierung der Massnahmen noch an die 10'000 am Streik beteiligte LehrerInnen ihre Kündigung. Durch die "Amnestie"-die FRG konnte ihre Grosszügigkeit und Nachsicht noch einmal unter Beweis stellen - sollen nun, wie ursprünglich eh vereinbart, Gehälter und Stellen gesichert sein. Doch von den versprochenen Lehrbüchern oder gar Schulspeisungen ist

nichts in Sicht. In vielen Schulen sitzen die SchülerInnen mit leerem Magen, wenn nicht noch Reste vom letzten Jahr übrig sind. Parallel dazu preist die Regierung per Fernsehprogramme den Eltern die Kekse und den Atol (warmes Getränk) als ausreichende Verpflegung für die Kinder an, während im Landwirtschaftsministerium Q 333 Mio. für eine gescheiterte Schulspeisung zur Disposition stehen.

Das öffentliche Schulsystem verfügt derzeit über 14'933 Grund-, 653 weiterführende ("básicos") und 146 berufsbildende ("diversificado") Schulen. Die vorgesehene landesweite Verbreitung des Programms SIDEGE, bei dem allein die Eltern für die Verwaltung der Schulen zuständig sein sollen, soll bis zum 1. Juni in Kraft treten. Doch da keinerlei Konsens herrsche und die beteiligten Seiten gar nicht mit einbezogen würden, sei laut LehrerInnenvertreter Gómez das Scheitern dieses Projekts bereits vorprogrammiert.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!

2502 Biel
PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller
Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Neues von ...

Guatemala, 29. März. David Pineda Acevedo, FRG-Abgeordneter und Ex-Bürgermeister von Puertos Barrios, Izabal steht auf der Liste von INTERPOL. Neben dem Vorwurf der Unterschlagung von Staatsgeldern in Höhe von Q 30 Mio., mit denen er ein nie in Funktion getretenes Trinkwasserunternehmen gegründet hatte, wird der Flüchtling als Hintermann des Mordes an dem Journalisten Mynor Alegría im September 2001 beschuldigt, der Pinedas Veruntreuungen an die Öffentlichkeit gebracht hatte.

Währenddessen wird Ex-Regierungsminister Byron Barrientos zur gerichtlichen Anhörung vorgeladen: Q 81,7 Mio. hinterzogene Staatsgelder und Dokumentenfälschung werden diesem ange-

lastet. DNS-Proben haben mittlerweile ergeben, dass Gil Muñoz noch lebt. Auf dessen Privatkonten waren jene Regierungsgelder aufgetaucht. Wegen der Vermutung des Mordes an Muñoz hatte man im September an drei verbrannten, in einer Grube gefundenen Leichen die Proben genommen, die den Verdacht jedoch nicht bestätigten. Muñoz befindet sich also wie die drei anderen noch in den Fall verwickelten Funktionäre auf der Flucht.

Der Nationale Rechnungshof hat derweil einen anderen Fall entschieden: anstelle der ursprünglichen Q 2,8 Mio. braucht Ex-Kommunikationsminister Luis Rabbé, angeklagt wegen Millionenunterschlagung, doch noch ganze Q 122'000 Bussgeld abdrücken.

Drohungen gegen BäuerInnenführer

Guatemala, 2. April. Die nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen (CNOC) verurteilt die Drohungen und Einschüchterungsversuche, denen Mitglieder der Leitung dieser Organisation seit Monaten ausgesetzt sind und die sich in den letzten Wochen intensiviert haben. Daniel Pascual bezeichnet es nicht als Zufall, dass vier der sechs BäuerInnenvertreterInnen, gegen die letztes Jahr auf Druck der Landwirtschaftskammer Haftbefehle ausgestellt wurden, Drohungen bekamen. Die Landwirtschaftskammer beschuldigte sie, die BäuerInnen zu Landbesetzungen anzustiften.

Pascual selber wurde am 20. März überfallen, wobei das Fahrzeug der Organisation, seine Aktenmappe und sein Mobiltelefon gestohlen wurden. Im Büro der CNOC habe man eigenartige Telefonanrufe erhalten, und es wird vermutet, dass die Leitungen abgehört werden. In den Monaten Februar und März waren nebst Pascual auch Gilberto Atz, Juan Tinney und Rosario Pú, alle in der Landfrage engagierte Persönlichkeiten, Opfer von

Drohung und Verfolgung.

Auch die *Plataforma Agraria* (ein Zusammenschluss diverser Organisationen, der mit der Regierung in Verhandlungen über die Landfrage steht) verurteilt die Drohungen. In einer Presseerklärung der *Plataforma* heisst es, dass allein in Morales, Izabal, in den letzten zwei Jahren acht Bauern im Zusammenhang mit Landkonflikten umgebracht wurden, ohne dass diese Fälle untersucht wurden.

Insgesamt warten 450 Arbeitskonflikte im Landwirtschaftsbereich vor dem Arbeitsgericht auf eine Verhandlung. In den meisten dieser Fälle geht es entweder um die Bezahlung ausstehender Löhne oder um ungerechtfertigte Entlassungen von FincaarbeiterInnen. Lufís Galicia, Vertreter der *Plataforma*, erklärte, dass die Fincabesitzer oftmals die Taktik wählten, die arbeitsrechtlichen Forderungen der BäuerInnen umzumünzen und sie der Landbesetzung zu beschuldigen. Dank ihrer finanziellen Möglichkeiten können sie die Gerichte unter Druck setzen und haben erreicht, dass insgesamt 80 Haft-

befehle gegen BäuerInnen ausgestellt wurden.

Das *Komitee der BäuerInneneinheit* CUC seinerseits meldete, dass am 24. März rund 200 AnwohnerInnen der Finca San Basilio, Suchitepéquez die BäuerInnen bedrohten, die seit dem 31. Januar 2001 dieses Land besetzen. Die Anwohner, angeführt vom Verwalter der Finca und manipuliert vom Militär, drohten damit, die Finca mit Gewalt zu räumen.

Die Gemeinde El Barreal, Jutiapa, wurde am 13. März von Mitgliedern der zivilen Nationalpolizei unter Einsatz von Tränengas geräumt. Dabei erlitten über 40 Personen Vergiftungen der Atemwege, 4 Personen wurden durch Schusswaffen verletzt und zwei Frauen verhaftet. Die BewohnerInnen von El Barreal besitzen Dokumente aus dem Jahr 1911, die sie als rechtmässige BesitzerInnen des Landes ausweisen. Streitig gemacht wird ihnen dieses von Germán Jo und Arturo Florián mittels eines Kaufdokuments zweifelhafter Herkunft. Florián ist ehemaliger Richter im Fall des Massakers von Xamán.

Karen Fischer kündigt

Guatemala, 4. April. Eigentlich sah alles recht vielversprechend aus: Anfang März wurde in Panama die Aufhebung des Bankgeheimnisses im Fall *Connexión Panama* entschieden (siehe ¡fijáte! 281). Der Fall der geheimen Bankkonten und Scheinfirmen von Präsident Portillo, Vize Reyes López und anderen Regierungsmitgliedern wurde dem panamenischen Anti-Drogen-Staatsanwalt Patricio Candanedo übergeben, der sich bei den Untersuchungen der Geldwäschevorwürfe gegen Ex-Präsident Arnoldo Alemán von Nicaragua einen Namen gemacht hat. Rund ein Jahr, nachdem die Skandalgeschichte um Portillo und Reyes López aufgefliegen ist, schien also etwas Bewegung in die Sache zu kommen.

Unerwarteterweise reichte aber am 13. März die in Guatemala für den Fall zuständige Staatsanwältin, Karen Fischer, ihre Kündigung ein. Dies wurde jedoch erst Anfang April bekannt, weil Fischer bis Ende März noch auf ihrem Posten blieb. Fischer begründete ihre Kündigung damit, dass sie nicht mehr bereit sei, die Befehle ihres Chefs, des Generalstaatsanwaltes Carlos David de León Argueta auszuführen, der sie durch seinen leitenden Sekretär Carlos Godoy dazu dränge, den Fall der *Connexión Panama* zu schliessen und zu den Akten zu legen. Offenbar sollte sie ein Dokument unterschreiben, das in ihrem Namen vom Sekretariat der Staatsanwaltschaft verfasst wurde, und in dem es heisst, dass es keine schlüssigen Beweise für die Verwick-

lung Portillos in die Hinterziehung von öffentlichen Geldern gebe. Gleichzeitig wurden ihr und den 42 ihr unterstellten MitarbeiterInnen die Kündigung nahegelegt.

Bei einer Pressekonferenz, in der Fischer ihre Kündigung den Medien mitteilte, sagte sie, sie hätte die letzten zwei Wochen dazu genutzt, den Fall so weit vorzubereiten, dass sie ihn einem Gericht vorlegen konnte, welches nun über das weitere Vorgehen entscheiden sollte. Diesen Prozess könne die Staatsanwaltschaft nicht mehr bremsen.

Auch Fischers Chef de León sah sich gezwungen, die Presse einzuberufen, um seine Sicht der Dinge darzulegen: Nie habe er Fischer zu einer Kündigung geraten. Er wolle sie als Mitarbeiterin auf keinen Fall verlieren, sagte er und zog in Erwägung, ihr die Stelle der Sonderstaatsanwältin für Menschenrechte anzubieten. Zur *Connexión Panama* meinte er, es sei Fischer selbst gewesen, die die Untersuchung verzögert habe. Er selber wolle niemanden, auch nicht Präsident Portillo in Schutz nehmen. Im Verlaufe des letzten Jahres seien eine Kommission des Kongresses, eine Delegation des Nationalen Rechnungsprüfers und die Staatsanwältin selbst nach Panama gereist: Alle seien mit leeren Händen und ohne konkrete Beweise gegen Portillo und die seinen zurückgekehrt.

Hinsichtlich des vermeintlichen Drucks von Seiten des Sekretärs Godoy, bot de León eine entsprechende Unter-

suchung des Falles und die Kündigung des Angestellten an, falls sich die Anschuldigung bestätigen sollte. Doch Godoy, der jegliche Einmischung seinerseits in den Fall negiert, kam ihm inzwischen zuvor und reichte selbst seine Kündigung ein. Der Ermittlung gegen ihn kann er so jedoch wohl nicht entgehen.

Als mögliche Nachfolgerin von Karen Fischer zieht de León Tatiana Morales, die jetzige Staatsanwältin für Menschenrechte, in Betracht. In letzter Zeit hat Morales durch ihre hartnäckigen Untersuchungen im Fall Chocón, einem Dorf in Izabal, Aufsehen erregt, wo letztes Jahr eine Gruppe von Drogenpolizisten eine in ein Massaker ausartende Razzia durchführten. Ende Januar entging Morales einem Mordanschlag, als sie mit einigen MitarbeiterInnen im Rahmen der Untersuchungen nach Chocón fuhr.

Derweil gelang der Drogenpolizei ein Coup in der Hauptstadt, wo sie in zwei Luxusvillen insgesamt rund US \$14 Mio. beschlagnahmte und vier Personen festnahm. Besitzer mindestens eines der Häuser und der gefundenen Bankauszüge ist der Guatemalteke Otto Roberto Herrera García, einer der Köpfe des Drogenhandels, der in Verbindung mit dem Kartell in Cali, Kolumbien stehen soll. Der Generalstaatsanwalt erhielt postwendend Antwort auf die erfolgreiche Aktion gegen die Geldwäscher: "Ruhe in Frieden, Carlos de León!" Im Kongress wird bereits über die Anlage des Geldes verhandelt, das eigentlich dem Justizapparat zusteht.

Zum Abschluss freigegeben: Strassenkinder

Guatemala, 25. März. Die Morde an guatemalteckischen Strassenkindern hat im Februar 2003 im Vergleich zu den Vormonaten drastisch zugenommen. Dies meldet das Kinderhilfswerk *Casa Alianza* und liefert dazu die entsprechenden Zahlen: Im Januar wurden 53 Kinder ermordet, im Februar waren es 62, was eine Zunahme um 26% bedeutet. Die allermeisten dieser Kinder wurden mit Feuerwaffen umgebracht. Die Hälfte der im Februar ermordeten Jugendlichen waren zwischen 18 und 20 Jahren alt. Im Jahr 2002 wurden insgesamt 465 Jugendliche unter 23 Jahren getötet, was einen Monatsdurchschnitt von 40 Morden macht.

Das Rechtshilfeprogramm von *Casa Alianza* konstatiert, dass es im Verlauf der letzten zehn Jahre in bloss 5% der vor Gericht überhaupt behandelten Fällen zu

einer Verurteilung der oder des Täter(s) kam. Die Staatsanwaltschaft ihrerseits erklärt, dass ihre UntersuchungsrichterInnen mit Arbeit überhäuft seien und die notwendigen Mittel fehlten, um die Morde an Strassenkindern zu untersuchen.

Straflosigkeit, Indifferenz und die Schuldzuweisung aller möglicher Delikte an die Jugendlichen sei die Ursache der Morde an Strassenkindern, erklärt Bruce Harris, Direktor von *Casa Alianza*. Es sei ein soziales Phänomen, dass sich Jugendliche, die von der Gesellschaft schlecht behandelt werden, sich Jugendbanden anschliessen, die mit der selben Gewalt reagierten, meinte Harris. "Der Krieg in Guatemala ist noch nicht zu Ende, er hat sich einfach in Gewalt gegen und unter Jugendlichen verwandelt".

Doch auch auf anderen Schlachtfel-

dern der Welt sterben guatemalteckische Strassenkinder. Der erste im Krieg gegen den Irak gefallene US-Soldat ist ein ehemaliges Strassenkind aus Guatemala, das in den 80er-Jahren die Integrationsprogramme von *Casa Alianza* durchlaufen hat. José Antonio Gutiérrez, der als Kind und Jugendlicher den Krieg in Guatemala überlebt hat, der die gefährliche Reise als *mojado* in die Vereinigten Staaten geschafft hat, wo er seit 1997 illegal lebte, ist in der Hoffnung auf eine *green card* und ein besseres Leben den US-Marines beigetreten. Leute wie José Antonio machen rund 30% der US-amerikanischen Soldaten aus und werden mit dem Versprechen, die US-amerikanische StaatsbürgerInnenenschaft zu erhalten, falls sie lebend nach Hause kommen, als Kanonenfutter in die Wüsten des Iraks geschickt.

Die Ex-PAC sind wieder los!

Guatemala, 4. April. Kaum sind die LehrerInnen in die Klassenräume zurückgekehrt, werden wichtige Strassen(kreuzungen), zeitweilig diverse öffentliche Gebäude und der Flughafen Santa Elena im Petén von den ehemaligen Zivilpatrouillen (PAC) besetzt. Städte wie Huehuetenango werden isoliert, die Überlandbusse müssen aussenvorbleiben, die zwangsläufigen FussgängerInnen werden beschimpft, und wenn die Busfahrer keine Autoreifen zum Anzünden herausrücken, laufen sie Gefahr, dass ihr ganzes Gefährt in Flammen steht.

Im Petén sind zwei Ölstationen unter PAC-Kontrolle, seit Tagen strömt aus einer durch die Demonstrierenden beschädigten Pipeline Rohöl in die Natur, an das Feuer gelegt werden soll, wenn die Regierung nicht endlich den Forderungen der Ex-PACs entspricht und einen konkreten Termin in nächster Zeit für die Auszahlung der bereits im letzten Jahr zugesprochenen Entschädigung für die durch die PACs geleisteten "Dienste am Vaterland" angebe. Doch diese Gruppe selbst ist in sich geteilt: Auf der einen Seite, v.a. im Petén zu Hause, werden die Ex-PACs angeführt von Rosenda Pérez, die enge Verbindungen zur Regierungsführung pflegt und der FRG zugetan ist. Zusammen mit hunderten von Ex-PACs besetzte sie im Juli 2002 den Norden des Peténs, Q 20'000 als Lohn für ihre der Armee geleisteten Unterstützung im Kampf gegen die Aufständigen während des bewaffneten Konflikts fordernd. Nach den ersten Verhandlungen mit der Regierung, die beschloss, dass das nötige Geld aus den *Friedensanleihen* stammen sollte, schlossen sich tausende von Ex-PACs aus den übrigen Departements an, die sich aus Unstimmigkeiten mit der "Petén-

Gruppe" schliesslich aber in einer eigenständigen "Koordination Süd-Ost" organisierten.

Regierung und die Petén-Gruppe hatten sich inzwischen auf lediglich Q 5'241 und 60 Centavos geeinigt, die in 3 Raten ausgezahlt werden sollten, die erste im April, die weiteren im nächsten Jahr durch die dann verantwortliche Regierung. Die Absicht der FRG, sich dadurch die Wahlstimmen zu sichern gilt als offenes Geheimnis. Ausserdem sollten lediglich 250'000 Ex-PACs entschädigt werden, jene nämlich, die nach einer Säuberungsaktion der Listen, auf denen sich mittlerweile 628'000 ehemalige Patrouillisten, aber auch Witwen und Männer, die aufgrund ihres Alters gar nicht in Frage kamen, eingetragen hatten, übrig geblieben waren und die den vom Verteidigungsministerium nach Kriegsende der MINUGUA übergebenen Akten entsprachen.

Doch die "Koordination Süd-Ost" hegt keine FRG-Affinitäten und droht die ergriffenen Massnahmen zu intensivieren, sollte die Entschädigungssumme auf Raten verteilt und nicht alle aufgelisteten Ex-PACs, inklusive Witwen bedacht werden. Und sie scheuen nicht, diese Ankündigung zu realisieren, sind doch viele der Demonstrierenden mit Schusswaffen und Macheten ausgerüstet. Diese bekamen bereits Mitglieder von Polizei und Armee zu spüren, als eine versuchte Verhandlung bei der Räumung der Pazifikroute ausartete und 6 Polizisten und 7 Soldaten verletzt und drei Manifestanten festgenommen wurden.

Zahlreiche Menschenrechtsgruppen und grosse Teile der Zivilbevölkerung äussern ihre Besorgnis hinsichtlich der Haltung der Regierung, die die Ex-PACs darin bestärke, sich neu zu organisieren

und die aus der Kriegszeit gewohnten Repressionen gegen die BewohnerInnen gerade der ländlichen Gebiete wieder aufzunehmen. Zum einen sei in den Friedensverträgen keine Rede von der Entschädigung der Ex-PAC, zum anderen provozieren diese eine Konfrontation innerhalb der Gesellschaft und verhindere den Versöhnungsprozess. Viel eher solle der Kongress das bereits erarbeitete Gesetz verabschieden, das die juristische Grundlage für das Nationale Entschädigungsprogramm biete und Vorschläge der Wahrheitskommission CEH und sozialer Sektoren aufgreife.

Zu früh gefreut

Guatemala, 28. März. Die Verurteilung zu je 52 Jahren Haft gegen drei Männer, die beschuldigt wurden, im März 2001 den Friedensrichter von Senahú, Alta Verapaz, Álvaro Hugo Martínez, zu Tode gelyncht zu haben (siehe ¡fijáte!275), wurde vom Berufungsgericht aufgehoben, das gleichzeitig eine neue Verhandlung anordnete. Laut Staatsanwalt Leopoldo Liú fehle es im Urteil an Begründungen und die Beweiskraft der ZeugInnen sei unzureichend.

Die nach dem Opfer benannte Vereinigung ist hingegen der Auffassung, dass die Urteilsaufhebung zum Schutz jener Regierungsfunktionäre diene, gegen die in diesem Kontext wegen mangelnder Hilfeleistung und Verantwortung gerichtlich ermittelt wird. Es handelt sich dabei um Ex-Regierungsminister Byron Barrientos, Ex-Polizeichef Rudio Lección Mérida, sowie Ex-Gouverneur Hernán Hengstenberg und Senahú-Bürgermeister Francisco Javier Peniche.

Der Kampf um die WählerInnen

Guatemala, 3. April. Während die einzelnen Parteien bereits jetzt, mehr als ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen, um die Gunst der WählerInnen buhlen, ist das Oberste Wahlgericht (TSE) besorgt darum, möglichst vielen Personen überhaupt die notwendigen Papiere auszustellen, damit sie an den Wahlen teilnehmen können. Seit dem 1. April sind während drei Monate 71 Brigaden zu je 2 Personen im Landesinnern unterwegs, um in insgesamt 462 Dörfern die Leute ins Wahlregister einzutragen. In den grösseren Städten werden auch in den Einkaufszentren Stände aufgestellt, wo sich die Leute einschreiben können. Mit dem Ziel, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, wurde auch das Wahlgesetz seit den letzten Wahlen 1999 verändert. Danach können nun die Wahlberechtigten ihre Stimme in ihrer momentanen Wohngemeinde abgeben

und müssen nicht mehr die u.U. mehrtägige Reise in ihre Heimatgemeinde antreten, was damals viele vom Wählen abgehalten hatte. Mit der aktuellen Kampagne des TSE haben sie die Gelegenheit, ihre Wahlpapiere entsprechend aktualisieren zu lassen. Unterstützt wird das Bestreben des TSE durch Radiospots, Plakate und Spruchbänder. Angestrebt wird, die Zahl der im Wahlregister eingetragenen Personen gegenüber 1999 um 500'000 zu erhöhen.

Speziell ausgerichtet ist die Kampagne auf Frauen und junge Erwachsene, die gerade das Wahlalter erreicht haben. Sowohl die Parteien wie auch das Oberste Wahlgericht sind sich einig, dass die Frauen ein grosses und bisher ungenutztes Stimmpotential ausmachen. Irma Alicia Velásquez von der Frauenorganisation *Molaj* bestätigt derweil, dass die in Guatemala

la vorherrschenden machistischen, klassistischen und sexistischen Strukturen die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben und in der Politik einschränkten. Es seien die Frauen, die die Probleme des ländlichen Lebens am besten kennen, die genau wüssten, was ihnen im Gesundheits-, im Erziehungs- und im Infrastrukturbereich fehle. Allein deshalb müsse man ihnen auch eine Vertretung in den Entscheidungspositionen zugestehen. Es ginge aber nicht nur um ein paar Alibifrauen in irgendwelchen Gremien, sondern diese müssten auch wirklich angehört und ernst genommen werden, meinte Velásquez. Am ehesten seien noch die *comités cívicos* (BürgerInnenkomitees) bereit, den Frauen ihren Platz zu überlassen, bei den traditionellen Parteien sei diesbezüglich noch ein beträchtlicher Bewusstseinswandel nötig.

"Natürliche Krankheitserreger": Feuer, Wasser, Luft

Guatemala, 2. April. Während das Umweltministerium (MARN) ein Seminar über "Forstprojekte, Klimawechsel und Entwicklungsmechanismen in Guatemala" abhält, um Vorschläge zur Erfüllung der Abkommen im unterzeichneten Kyoto-Protokoll zu erarbeiten, wurde am 25. März von der Regierung der Nationale Notstand aufgrund der verheerenden, ausser Kontrolle geratenen Waldbrände im Land ausgerufen. Besonders betroffen sind davon die *Biosphäre Maya* und andere Bereiche im Departement Petén, Sololá und Quetzaltenango, so Diana García vom Nationalsystem zur Prävention und Kontrolle von Waldbränden SIPECIF. Die mangelhafte ökonomische und technische Ausstattung der entsprechenden lokalen Einrichtungen wie im Petén der Nationalrat für Schutzgebiete (CONAP) macht es unmöglich, die Feuer zu kontrollieren oder ihnen gar entgegenzuwirken, was den Verlust und die Zerstörung eines grossen Teils der teilweise bereits aussterbenden Flora und Fauna zur Folge hat. Die hohen Temperaturen und starken Winde sorgen für die Verbreitung der Flammen. Dabei würde nur 1% der Brände durch "natürliche Umstände" ausgelöst, so García, 25% sind auf landwirtschaftliche Brandrodung zurückzuführen, doch den Grossteil macht provozierte Brandlegung aus, die die Absicht verfolgt, das entsprechende Gebiet anschliessend z.B. zu Weideland zu machen. Diese Intention wird v.a. den Fincabesitzern zugesprochen. Eine andere Vermutung hegt Magalí Rey Rosa von der Umweltorganisation *Madre Selva*: die Mehrheit der Brände befinde sich in Schutzgebieten; das Feuer könne eine Strategie jenes Sektors sein, der genau hier po-

tentielle Ölquellen nutzen wolle.

Schlimmer als die intendierten Brände ist für die Umweltaktivistin jedoch die Haltung der Autoritäten, die erst im allerletzten Moment reagierten. Auch die Regierung regt sich nur langsam und hat schliesslich doch Q 8,7 Mio. zur akuten Bekämpfung disponiert.

Teilweise wurden bereits ganze Schule geschlossen, da nicht nur die SchülerInnen von durch die Asche und den Rauch provozierten Atem- Kreislauf-, Haut- und/oder Bindehauterkrankungen betroffen sind.

Jedoch auch ohne die Brände ist eine grundsätzliche nationale Forstpolitik dringend von Nöten: Zum generellen Bevölkerungswachstum, das die Verschiebung der Waldgrenzen zu Gunsten eines erweiterten Kulturlandes mit sich bringt gesellt sich die steigende Arbeitslosigkeit aufgrund der Schliessung nicht mehr rentabler Kaffeeplantagen an der Küste. Nun versuchen die Leute mit dem Verkauf von Feuerholz sich über Wasser zu halten. Aspekte wie Biodiversität, Nachhaltigkeit oder gar Aufforstungsprogramme bleiben dabei aussen vor.

Die Folgen davon sind momentan v.a. im Hochland zu spüren: es herrscht akuter Wassermangel. Unsachgemässer Umgang in den regenreichen Wintern, keine Pflege der Quellen, unkontrollierte Flusssabzweigungen zur Feldbewässerung und starke Verschmutzung durch Industrie und Haushalte – von den 331 Municipizipen wenden lediglich 15 irgendeine Behandlungsform der Abwasser an, die übrigen leiten diese ungeklärt zurück – tragen das Ihre zur Katastrophe bei. Diese verschlimmert sich durch die jährlich drastischer

werdenden Sommer, die die Quellen und Flüsse austrocknen lassen. Allein an der Pazifikküste ist heuer ein Rückgang des "blauen Goldes" um 45% zu verzeichnen. Zudem wird erwartet, dass der Winter in diesem Jahr einen Monat länger auf sich warten lässt, ein Fiasko für die Landwirtschaft, die schon durch die schlechten Verteilung von Düngemitteln und dem schwierigen Zugang zu Krediten gebeutelt ist.

In Zacapa schritt man bereits zur Tat: die Versorgung der Haushalte mit Rohrleitungswasser wurde auf täglich 2 Stunden rationalisiert – im Vergleich zu anderen Gebieten noch ein Luxus! – wer beim "Missbrauch" erwischt wird, den erwartet ein Bussgeld von Q 150 (ca. US\$ 19). Doch auch dieses hilft nicht gegen Mangelkrankungen und Verdursten oder Gastroenteritis und Ruhr durch verschmutztes Wasser.

Der Sommer an der Atlantikküste bringt ganz anderes mit sich: Die dortigen heftigen Regengüsse, vereint mit hohen Temperaturen, stellen die besten Bedingungen für Mücken aller Art, u.a. auch jene, die das Dengue-Fieber verbreiten, an dem in diesen Tagen bereits ein 6 Monate altes Baby gestorben ist.

Doch damit nicht genug. Die für diese Jahreszeit ebenfalls typischen Orkane hinterliessen allerorts Verwüstungen: umgestürzte Bäume und Strommasten, abgedeckte Wohnhäuser und Schulen sowie zerstörte Feldanpflanzungen. Atemwegsbeschwerden und Fieber bei Kindern gehören landläufig dazu.

Bleibt zu hoffen, dass die Projekte jenes MARN-Seminars zum einen umgesetzt, zum anderen schnelle und nachhaltige Wirkung zeigen.

